

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wochensatzpreis 0,75 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung des Verbands- und Vereins-Vorstands
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Vorsitz: Dr. Brunn)

Anzeigen pro Zeile:
Gesichtswort 15 Pf., Familienanz. 15 Pf.
Verbandsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 231/232.
Verleger: Amt Neugstadt, Nr. 172A.

Nr. 48.

Berlin, Sonnabend, 30. Mai 1914.

Sechshundvierzigster Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis:

Pfingstgedanken. — Entwicklung und Bedeutung
des Tarifvertragswesens. — Allgemeine Rundschau. —
Gewerksvereins-Teil. — Verbands-Teil. — Literatur.
— Anzeigen.

Der Pfingstfeiertage wegen erscheint die
nächste Nummer erst am
Sonnabend, den 6. Juni.

Pfingstgedanken.

Der berufsmäßig jetzt einen Pfingstartikel zu schreiben hat, gerät in Versuchung, in schwungvollen Worten seinen Gefühlen Ausdruck zu verleihen über das Blühen in der Natur, über den Sang der Vögel, über die Luft, die das Menschenherz erfüllt. Uns Gewerksvereiner aber bewegen in diesem Jahre zur Pfingstzeit andere Gedanken. Mit gespannter Erwartung sieht ein großer Teil von uns den Verhandlungen der Delegiertentage entgegen, die um diese Zeit stattfinden, um unserer Bewegung neue Wege zu weisen.

Drei Gewerksvereine sind es, deren Vertreter demnächst in unserm stolzen eigenen Heim in Berlin zusammenkommen. Am 2. Pfingstfeiertage eröffnet das stärkste Glied unserer Gesamtorganisation, der Gewerksverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter, und gleichzeitig mit ihm der Gewerksverein der Schuhmacher und Lederarbeiter seinen Delegiertentag. Eine Woche später folgt der Gewerksverein der Holzarbeiter. Neben den üblichen Berichten enthalten die Tagesordnungen eine reiche Fülle von Beratungsmaterial. Zahlreiche Anträge lassen den scharfen Wunsch erkennen, die Waffen zu schärfen für den Kampf um unsere gute Sache, energisch für die Weiterentwicklung unserer Bewegung zu arbeiten. Aber es ist ein Zeichen der Zeit, daß die Delegiertentage es auch für angebracht halten, die Frage des Koalitionsrechts in dieser oder jener Form zu behandeln, daß ferner der Gewerksverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter sich in einem besonderen Referat mit dem Thema „Stillstand in der Sozialpolitik“ beschäftigen wird. In diesen Fragen dürften unsere Tagungen nicht achtlos vorübergehen. Sie müssen im Auge behalten werden, und die Gewerksvereine müssen auch hier wie sonst ihren Mann stehen und dafür sorgen, daß die Bäume der im Kartell der schaffenden Stände vereinigten Schornäher und Lebensmittelmacher nicht in den Himmel wachsen.

Die Zeiten sind überaus ernst für die deutsche Arbeiterschaft. Unablässig sind ihre Feinde am Werke. Ihre geringen Rechte noch zu schmälern. Gleichzeitig aber leidet sie unter dem Druck einer schweren wirtschaftlichen Krise, die gar nicht weichen zu wollen scheint. Hand in Hand damit geht eine stets sich steigende Verteuerung der Lebensmittel. Umso größer ist die Verantwortung der Delegierten, die über das Wohl und Wehe ihrer Organisation jetzt zu beraten haben. Sie müssen diesen Zeitverhältnissen unbedingt Rechnung tragen und vor allen Dingen darauf bedacht sein, die Organisation zu stärken. Sicherung der finanziellen Leistungsfähigkeit ihres Gewerksvereins ist ihre Hauptaufgabe. Denn nach diesen bösen Zeiten werden bessere kommen; dem wirtschaftlichen Niedergang muß der Aufstieg folgen. Da ist es nicht nur das Recht, sondern die Pflicht der Arbeiter, das, was man ihnen in der schlechtesten Zeit genommen hat, zum mindesten wieder zu gewinnen. Freiwillig wird man ihnen keine

Zuständnisse machen; oft genug wird erst durch Kämpfe etwas zu erringen sein. Wer aber kein Geld hat zum Kriegführen, der darf auch auf einen Sieg nicht rechnen. Das mögen die Abgeordneten in erster Linie sich vergegenwärtigen. Sie werden deshalb mit nüchternem Verstand an ihre Arbeit herangehen müssen. Alle persönlichen Momente müssen in den Hintergrund gedrängt werden. Leitern allein darf sein die Rücksicht auf die Interessen der Allgemeinheit. Dann wird auch am besten das Vertrauen gerechtfertigt, das man den Abgeordneten durch ihre Wahl zu erkennen gegeben hat.

Viele Hoffnungen werden auf die Delegiertentage gesetzt, aber nicht alle können verwirklicht werden. Das Bewußtsein, nach besten Kräften das Gute gewollt und gefördert zu haben, hilft aber über manche Enttäuschung hinweg. Auch die Gewerksvereinskollegen im Lande werden nicht alle ihre Blinnde erfüllt sehen. Das liegt in der Natur der Sache. Dadurch aber darf sich niemand in den Schmolldunkel drängen und von energischer Mitarbeit für unsere Gemeinschaft abhalten lassen. Im Gegenteil, jetzt gilt es, alle Hebel anzusetzen, um die Hindernisse aus dem Wege zu räumen, die einer schnelleren Vormwärtsbewegung entgegenstehen. Die Delegiertentage, die jetzt im Pfingsten herum abgehalten werden, sie müssen Maßregeln bilden in der Geistesrichtung der Deutschen Gewerksvereine, auf die wir mit Recht so stolz sein können. Was Dr. Marx zuerst gelehrt hat, das ist mehr und mehr Allgemeingut der deutschen Arbeiterbewegung geworden. Mögen es die Gegner auch noch so entschieden ableugnen, die Tatsache selbst kann dadurch nicht aus der Welt geschafft werden. Das legt einem jeden von uns aber die Verpflichtung auf, mit unserer ganzen Persönlichkeit für diese gute Sache weiter zu wirken, so schwer es uns auch unsere zahlreichen Gegner machen möchten. Sie haben uns bisher nicht unterzulegen vermocht, weil eben die Grundlage, auf der unsere Organisation aufgebaut ist, eine in jeder Beziehung gesunde und solide ist. Und so werden wir auch für die Zukunft, allen Stürmen zum Trotz, weiter kämpfen und nicht eher rasten, bis es uns gelungen ist, das Banner der Deutschen Gewerksvereine zum Siege zu führen. Wir werden getragen von der Ueberzeugung, daß nur auf dem Boden unserer Bewegung die deutsche Arbeiterschaft einig und geschlossen zu einer stetigen Sühnung ihrer geistigen und materiellen Lage gelangen kann, und diese Ueberzeugung gibt uns die Kraft, den Kampf gegen unsere Widersacher mit Mut und Entschlossenheit zu führen. Möge dieses Pfingstfest für diese Kämpfe die Waffen mitschmeiden helfen; möge es in den Herzen der Kollegen das Feuer der Begeisterung für unsere Sache von neuem wecken! In dieser Hoffnung entziehen wir den Abgeordneten, die wir im Verbandskaufe zu erwarten haben, herzlichsten Willkommensgruß, allen Förderern und Mitwirkenden aber wünschen wir aufrichtig:

Fröhliche Pfingsten!

Entwicklung und Bedeutung des Tarifvertragswesens.

Von allen fortgeschrittenen und sozialdenkenden Menschen wird der Tarifvertrag als ein mächtvolles Mittel zur Förderung des sozialen Friedens angesehen. Auch in der großen Versammlung der Gesellschaft für Soziale Reform kam dies zum Ausdruck. Es wurde darauf hingewiesen, daß durch die Ausbreitung des Tarifgedankens viel öfter als bisher der Weg der friedlichen Verständigung beschritten werde und daß das Bedürfnis daran in

erster Linie die Organisationen der Arbeiter als Träger des Tarifgedankens treffe. Das hat die Schornäher auf den Plan gerufen, und in unserer vorletzten Nummer konnten wir schildern, wie beispielsweise die „Soz. Rundschau“ im Tarifvertrag gerade den Ausgangspunkt und das Endziel der Arbeitskämpfe sieht, daß nach ihrer Meinung „Tarifverträge den Streikverbänden in erster Linie als das Mittel gelten, den Arbeitgebern ihren Willen aufzuzwingen.“ Eine Widerlegung solcher Anschauungen lohnt sich nicht. Wir wollen aber heute an der Hand eines Aufsatzes, den der Gewerbegerichtsdirektor Dr. Frenner-München in der Monatschrift „Das Einigungsamt“*) veröffentlicht, zeigen, wie sachkundige Männer über das Tarifvertragswesen urteilen.

Die heutigen Tarifverträge sind nach Dr. Frenner das Produkt der Entwicklung unseres Wirtschaftslebens. Im 18. und 19. Jahrhundert herrschte der freie individuelle Arbeitsvertrag. Von einer Freiheit oder Kontrolle dabei in Wirklichkeit gar nicht die Rede sein. Tatsächlich wurde der persönlich freie Wille in die größte soziale und wirtschaftliche Knechtschaft verwanzt. Der übermächtige Kapitalismus herrschte und bestimmte einseitig die Bedingungen des Arbeitsvertrages. Erst gegen das Ende des 19. Jahrhunderts brach sich ein anderes Wirtschaftssystem Bahn, das des Kommunismus. Es begann das Zeitalter der Koalition. Der Organisationsgedanke machte immer weitere Fortschritte, und schon im Jahre 1905 finden wir im Deutschen Reich 2 Millionen Arbeiter in verschiedenen Organisationen vereinigt. Dadurch veränderte sich das Kräfteverhältnis zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum immer mehr zugunsten der ersteren. Die Organisationen machten von ihrer Macht ausgiebigen Gebrauch und bewirkten dadurch, daß auch die Arbeitgeber sich zusammenschlossen und ihre Kräfte vereinigten. Ursprünglich waren die Wirkung dieser Entwicklung erbitterte Kämpfe zwischen den beiderseitigen Organisationen, die beiden schwere Wunden schlugen. Diese blutigen Kämpfe waren wirtschaftlich unrentabel. Beide Parteien mußten große Opfer tragen, und so brachten es schließlich der fortschreitende soziale Sinn, die wachsende Erkenntnis der Gemeinschaftlichkeit der Interessen und noch andere Momente mit sich, daß man auf dem Wege des Tarifvertrages die Kämpfe zu verringern suchte. Das ist der Weg den der Tarifgedanke genommen hat.

Beide Teile mußten von ihm Vorteil haben, sonst hätte man ihn nicht zur Anwendung gebracht. In der Tat ist das wilde Faustrecht durch ein bindendes Vertragsrecht ersetzt worden. Unter dessen Schutze haben die Arbeitgeber innerhalb eines bestimmten Zeitraums die Möglichkeit einer durch keine neuen Lohnforderungen gestörten Konkurrenz. Die Tarifverträge haben sich ferner als ein wirksames Mittel zur Bekämpfung der Schmutzkonkurrenz erwiesen, wie neuerdings der Reichstarifvertrag für das deutsche Malergewerbe zeigt. Andererseits wird den Arbeitern durch den Tarifvertrag ein gewisses Mitbestimmungsrecht über ihre Beschäftigung, insbesondere über Lohn- und Arbeitszeit gewährt. Auch sonst bringen die Tarifverträge bindende Vorschriften über gesundheitliche Verhältnisse in den Betrieben. Die Hauptsache aber ist, daß die Röhre nicht mehr von der Willkür eines Einzelnen abhängig sind und nicht unter ein bestimmtes Niveau herabsinken können.

*) „Das Einigungsamt“, Monatschrift zur Pflege des gewerblichen Einigungswesens und der Tarifverträge. Verlag von Julius Springer in Berlin W. 9. Abonnementpreis pro Jahr 4.— Mk.

Interessant ist, wie Dr. Brenner erzählt, daß trotzdem der Tarifgebende ursprünglich in der Arbeitercharaktere bestimmte ausgenommen worden ist.

Trotz dieser auch für die Arbeiterseite sehr in die Augen fallenden Vorteile ist zu konstatieren, daß der Gebante einer auf der bestehenden bürgerlichen Ordnung aufgebauten Tarifgemeinschaft sich ursprünglich nur bei den Firch-Dunderrischen Gewerksvereinen (erstmalig 1868) und der christlichen Gewerkschaft voll durchzusetzen vermochte, dagegen bei den freien Gewerkschaften nur allmählich und mit Schwierigkeit Anerkennung fand. Die freien Gewerkschaften waren noch lange zu sehr von den Lehren eines Marx und Lassalle durchdrungen und erschaffen eine Befreiung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen nur von dem politischen Umsturz und der Zerstörung der geltenden Gesellschaftsordnung. Noch im Jahre 1907 faßte das Reichstages Gewerkschaftsamtlet als Protest gegen den im Jahre 1898 erfolgten Beschluß des Bundesrats-Tarifvertrags eine Resolution, in der jegliche Tarifgemeinschaft als die Interessen der Organisation der Arbeiter schädlich beurteilt wurde. Erst der 3. Gewerkschaftskongress zu Frankfurt a. M. im Jahre 1898 brachte einen entscheidenden Umschwung zugunsten der Tarifverträge, die z. B. mit wenigen Ausnahmen die gesamten Arbeiterorganisationen vertreten.

Hier wird also zugegeben, daß die Vorkämpfer für den Tarifgebanten in allererster Linie die Deutschen Gewerksvereine gewesen sind, während die freien Gewerkschaften, die sich jetzt viel darauf zu gute tun, erst vor verhältnismäßig kurzer Zeit den Wert des Tarifvertrags erkannt haben. Auch im Arbeitgeberkreise hat sich der Tarifgebante erst allmählich Bahn gebrochen, und noch heute gibt es große Industriegruppen, die von ihm nichts wissen wollen und ihm prinzipiell ablehnend gegenüber stehen. Trotzdem gab es Ende 1912 im Deutschen Reich 10 739 Tarifgemeinschaften für 159 930 Betriebe und 1 874 285 Arbeiter.

Geboren ist der Tarifgebante durch die Not des Tages. Gerade in dieser Entstehungsursache aber, die nicht mit rosch wechselnden politischen und persönlichen Strömungen, wie Liebe und Haß, verflochten ist, beruht die gesicherte Zukunft der Tarifverträge, für die es angesichts der treibenden Kräfte im Volks- und Wirtschaftsleben keine rückwärtige, sondern nur eine fortschreitende Entwicklung geben kann, wenn auch in Zeiten schlechter Konjunktur vielleicht einzelne Rückschläge eintreten mögen. Diese Entwicklung ist nach Dr. Brenner geeignet, die allgemeine Volkswirtschaft vor schweren inneren Krisen zu bewahren. Deshalb verlangt er die Beseitigung aller Schwierigkeiten, die der Schaffung und Durchführung von Tarifgemeinschaften entgegenstehen. Da starke Organisationen auf beiden Seiten die sicherste Garantie sind, fordert er Aufhebung der §§ 152 Abs. 2 und 153 der Gewerbeordnung. Erst dadurch können die Tarifverträge auf eine neue wirtschaftlich und rechtlich wirksame Grundlage gestellt werden. Diese Forderung hält Dr. Brenner für viel wichtiger als die auf gesetzliche Regelung des Tarifvertrages, so berechtigt sie auch sein mag. Er kommt zu dem Schluß, daß derjenige, der sich der wirtschaftlich sozialen Bedeutung der Tarifverträge für unser gesamtes Wirtschaftsleben bewußt ist, darauf bedacht sein muß, bevor er an die wohnliche Einrichtung der Räume denkt, daß die Grundpfeiler des Gebäudes fest verankert liegen, das sind die wohlgefügten, lebensstarken Organisationen sowohl auf Arbeitgeber- als auf Arbeiterseite. Je stärker die beiderseitigen Organisationen, desto größer das Bestreben zur friedlichen gemeinschaftlichen Regelung der Arbeitsbedingungen, desto mächtiger die Garantie für die Erfüllung der in dem Tarifvertrage verkörperten Idee. Unten diesen Umständen sind auch die Gegner der Entwicklung der Organisationen zugleich die größten Feinde der sozialen Verständigung.

Andererseits, so schließt der interessante Aufsatz, wäre es utopia anzunehmen, die allseitige Anerkennung der Tarifverträge bedeute den ewigen sozialen Frieden. Einen solchen gibt es im Wirtschaftsleben ebensovienig wie in der hohen Politik. Die wirtschaftlich-soziale Bedeutung der Tarifverträge erschöpft sich in dem Begriffe: Waffenstillstand. Nach dessen Ablauf hängt die Verlängerung unter günstigen Bedingungen von dem Grade der Machtstellung der Parteien ab. Es gilt somit auch hier im vollen Umfange der alte Satz: Si vis pacem, para bellum, d. h.: Wenn du den Frieden willst, so rüste zum Kriege!

Diesen Darlegungen kommt deshalb so große Bedeutung zu, weil sie von einem Mann ausgehen, der in den schwierigsten Fällen es verstanden hat, langwierige Kämpfe zwischen Arbeiter- und Unterorganisationen durch den Abschluß von Tarifverträgen zu verhüten. Viele Hunderte von Millionen sind dadurch dem deutschen Wirtschaftsleben erhalten worden, ganz abgesehen von den zahlreichen

andern Vorteilen, die dadurch errungen worden sind. Es spricht aus obigen Sätzen zu uns ein Mann, der wirklich einen tiefen Einblick gewonnen hat in die gemerbliden Verhältnisse, und dessen Urteil deshalb von jedem unparteiisch Denkenden gebührend gewürdigt werden muß. Trotzdem wird es Reute geben, die Dr. Brenner nicht als objektiven Beurteiler gelten lassen wollen. Ihnen wird die Entwicklung zeigen, wie sehr er mit seiner Auffassung das Richtige getroffen hat.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 29. Mai 1914.

Seinen 70. Geburtstag konnte am Mittwoch, den 27. Mai, der Redakteur und Hauptkrisisführer des Gewerksvereins der Schuhmacher und Lederarbeiter, Kollege Leopold Winter, feiern. Der Jubilar erfreut sich trotz seines hohen Alters einer seltenen körperlichen und geistigen Frische und Mütigkeit. Wer Winter seit vielen Jahren kennt, glaubt, er ist derselbe geblieben. Von allen Seiten sind ihm die herzlichsten Glückwünsche dargebracht worden. Auch die Verbandsleitung und die Redaktion des „Gewerksverein“ sprechen dem Siebzigjährigen die aufrichtigsten Glückwünsche aus. Möge es ihm vergönnt sein, noch recht viele Jahre im Dienste seines Gewerksvereins tätig zu sein, möge er aber auch dem Gesamtverbande wie bisher stets ein treuer Freund und Berater bleiben.

Einen neuen Vorstoß gegen das Koalitionsrecht haben am Mittwoch die erlauchten Mitglieder des preussischen Herrenhauses unternommen. Ein Frhr. v. Nischhofen wünschte von der Regierung den Schutz der Arbeitswilligen und die Unterdrückung des Terrorismus, ob er von Unternehmern oder Arbeitern ausgeht werde. Bemerkenswert war die Antwort, die der neue Minister des Innern v. Loebel, erteilte. Er verwies zunächst auf die Erklärungen, die der Reichsdangler im Reichstoge gegeben hat, und lehnte demzufolge neue gesetzliche Vorschriften ab. Dagegen stellte er es als Pflicht der Regierung hin, die bestehenden Gesetze unumschrieben zur Anwendung zu bringen und in erster Linie dafür Sorge zu tragen, daß bei Ausbruch von Streiks genügend Polizeikräfte an Ort und Stelle gebracht werden. Deshalb sei bereits in den Großindustriebezirken, wie in Essen usw. die kommunale Polizei in die königliche umgewandelt worden. Es seien auch alle Vorbereitungen getroffen, um nach einem bis in die Einzelheiten durchgearbeiteten Plane dafür zu sorgen, daß bei Ausbruch von Streiks sofort aus den nichtbetroffenen Gegenden in die gefährdeten Bezirke die nötigen Polizeikräfte geworfen werden können. Beim Streik im Ruhrkohlengebiete hätten sich diese Maßregeln bereits bewährt. Neuerdings gemachte Erfahrungen würden dazu benutzt werden, um die Vorbereitungen noch zu vervollkommen. Daß auch die Strafverfolgung bei Ausschreitungen der größeren Streiks mit dem im Interesse der Arbeitswilligen erforderlichen Nachdruck betrieben werde, habe sich bei dem Ruhrbergarbeiterstreik deutlich gezeigt. In 1881 Fällen seien zum Teil sehr empfindliche Strafen verhängt worden. Gerade in Preußen werde ferner durch Polizeiverordnung einer terroristischen Betätigung des Streikpostenwesens ein gewisses Ziel gesetzt. Durch Erkenntnis sowohl des Kammergerichts wie des Reichsgerichts sei ferner die Gültigkeit einer Verordnung festgestellt worden, die in Westfalen und in der Rheinprovinz erlassen wurde, nicht nur zum Schutze der Arbeitswilligen, sondern zur Sicherung des Eigentums. Mit Recht schloß daraus der Herr Minister, daß für den Schutz der Arbeitswilligen genügend gesorgt sei. Trotzdem gibt es bei uns Scharfmacher, die unablässig nach einer Verschlechterung des Koalitionsrechtes schreien. Deshalb dürfen sich die Arbeiter nach dieser Richtung hin auch nicht in Sicherheit wiegen, sondern müssen aufmerksam darüber wachen, daß auch nicht auf Schleichwegen eine Verschärfung der Gesetze herbeigeführt wird.

Eine Erweiterung der Arbeitsauschüsse in den Betrieben der staatlichen Eisenbahnen sieht ein Erlaß des preussischen Eisenbahnministers vor. Es wird darin auf die günstigen Erfahrungen hingewiesen, die man mit dem Versuch gemacht hat, auch den Arbeitern der kleineren Dienststellen ohne eigenen Arbeitsauschuß die Vorteile der Ausschussvertretung zuteil werden zu lassen. Deshalb wird in dem Erlaß angeordnet, daß die Einrichtung, wo sie bereits getroffen ist, beibehalten und nach folgenden Grundzügen allgemein eingeführt wird:

1. Die Arbeiter einer Dienststelle ohne eigenen Arbeitsauschuß haben das Recht, Anträge, Wünsche und Beschwerden, die nicht lediglich die Angelegenheiten einzelner betreffen, sondern die Arbeiter der Dienststelle oder einzelne Arbeitergruppen im ganzen betreffen, durch einen ihnen bezeichneten Arbeitsauschuß bei dem Amtsvorstand zur Sprache bringen zu lassen. Die Arbeitsauschüsse haben solche Anträge usw. wie die der eigenen Arbeiterchaft zu behandeln.

2. Auf jeder nicht durch einen eigenen Arbeitsauschuß vertretenen Dienststelle ist den Arbeitern der zu ihrer Vertretung berufenen Ausschuß nebst den Namen der Ausschussmitglieder durch Anschlag bekannt zu machen. Ebenso sind dem Arbeitsauschuß die Dienststellen zu bezeichnen, deren Arbeiter sich nach der vorhergehenden Bestimmung an ihn wenden können.

3. Befehlen für einen Ausschuß mehrere Ausschüsse, so bestimmt die Eisenbahnverwaltung den Wirkungsbereich eines jeden; ist nur ein Ausschuß vorhanden, so dient er als Vermittlungsstelle für den ganzen Amtsbezirk. Ausgeschlossen von der ganzen Einrichtung sind die Arbeiter der Aemter, in denen überhaupt kein Ausschuß besteht.

4. Aktives und passives Wahlrecht zum Ausschusse besitzen die ihm zugeteilten Arbeiter nicht. An den Ausschussitzungen nehmen sie nicht teil, jedoch sind ihnen die Sitzungstage durch Anschlag bekannt zu machen.

Es kann nicht geleugnet werden, daß dieser Erlaß Verbesserungen gegenüber dem bestehenden Zustand bringt. Deshalb aber wird die Forderung der Staatsarbeiter auf Schaffung eines einheitlichen Staatsarbeiterrechts nicht verflummen können.

Arbeiterbewegung. Die Aussperrung der Glasarbeiter in der Lausitz scheint sich nicht vermeiden zu lassen. Die Situation hat sich eher verschärft, so daß mit der Aussperrung am 6. Juni gerechnet werden muß. Leider ist ein großer Teil der Arbeiter nicht organisiert. Zu befürchten ist auch, daß, wenn der Kampf nicht schnell zu Ende geht, die Aussperrung auf das übrige Schlesien sowie auf Sachsen und Brandenburg ausgedehnt wird. — In Kassel sind die Brauereiarbeiter in den Großbrauereien in den Ausnahm getreten, weil der von ihnen aufgestellte Lohnarif, der eine Lohnhöhung verlangt, abgelehnt worden ist. — Nach sechswoöchigem Streik haben in Köln die Waddecker und Rlampnegegelfen die Arbeit wieder aufgenommen. Es ist ein neuer Tarif, der bis zum 31. März 1916 läuft, zustande gekommen, der den Arbeitern einige Zugeständnisse macht. — In der Umgebung von Nürnberg und Fürth sind etwa 250 Ziegeleiarbeiter in den Streik getreten, weil die von ihnen gestellten Forderungen von den Unternehmern abgelehnt wurden. — Für das Berliner Autodroschkengewerbe sind die Tarifverhandlungen zum vorläufigen Abschluß gebracht. Die beiderseitigen Organisationen müssen dem vereinbarten Entwurf noch ihre Zustimmung erteilen. Geht dies nicht, so wird befallend das Gewerbegericht einen Schiedspruch fällen, dem sich beide Teile unterwerfen müssen.

In Genf (Schweiz) ist erst kürzlich ein langwieriger Streik der Holzarbeiter beigelegt worden. Jetzt sind die Maurer und Bauhilfssarbeiter in den Ausnahm getreten, wodurch das gesamte Baugewerbe schwer betroffen wird.

Die Lage des Arbeitsmarktes im Monat April zeigte nach dem „Reichsarbeitsblatt“ eine weitere leichte Besserung, die allerdings in der Hauptsache nur bei einigen Saisongewerben Platz gegriffen hat, während wichtige andere Gewerbe keinerlei Belebung, zum Teil sogar einen Rückgang aufweisen.

Die Berichte von industriellen Firmen und Verbänden über die Lage des Arbeitsmarktes lauten wenig günstiger als im Vormonat und im allgemeinen ungünstiger als im April 1913. Es wird weiter über schlechte Preise und Mangel an Aufträgen geklagt.

Beim Kohlenbergbau zeigt der Ruhrkohlenmarkt ein etwas freundlicheres Bild als im Vormonat, dagegen gestaltete sich in Oberrhein und Niederschlesien die Beschäftigung unzureichend. Der mitteldeutsche Braunkohlenbergbau war im allgemeinen zufriedenstellend beschäftigt. Die Kohlelieferanten wie auch die Stahlherzeuger erfahren einen Rückgang, doch ist dabei zu berücksichtigen, daß durch die Verschiebung des Osterfestes von März auf April eine Verminderung der Arbeitstage im Berichtsmonat eintrat. Die Stahlwerke waren im übrigen im Umfang des Vormonats beschäftigt. Die Kalkindustrie hatte den der Jahreszeit entsprechenden Rückgang zu verzeichnen. In der Metall- und Maschinenindustrie war mit Ausnahme einiger Spezialzweige der Beschäftigungsgrad

wenig t
Zunahme
gemeine
oder bei
meisten
auch an
Industrie
Im Be
weitere
Die
Stran
1. Mai
Zunahme
339 466
nahme
3,72 b.
Die im
Beschäft
gemacht
Die
mittelm
im Apri
männlich
160 im
sider 1
gegenüber
94 weib
und 96
trafen.
nach in
zugute,
ungünsti
Die
unter d
verbänd
etwas n
richtend
im Mär
gleichen
seit von
in der
Ende A
pflegt.
dem der
Monate
Die
Berli
zeigte i
tere Be
um B
und Z
für Ba
a. Der
Raffa
gemeine
Die
auftrieb
stimmlich
Die
deutsche
Staats-
1914: 1
den M
Auf 1
oder 3,
nahmee
seltes g
In
band d
aus der
Bezieh
im No
Reich
Wert
Million
Wert t
Million
G
schaffter
Fürstb
folger
rige B
de s h
Borga
Sonne
starke
leid ge
wird c
Christi
nicht d
ber ge
zeitig
Papste
Bildsch
In ein
Papst
die s

wenig befriedigend; dagegen konnten die elektrische Industrie und die chemischen Fabriken ihren im allgemeinen guten Geschäftsgang aufrecht erhalten oder verbessern. In der Textilindustrie klagen die meisten Zweige über schwache Beschäftigung, was auch größtenteils von der Holzindustrie und von der Industrie der Nahrungsmittel- und Genussmittel gilt. Im Baugewerbe machte die Frühjahrserholung weitere Fortschritte.

Die über den Beschäftigungsgrad berichtenden Krankenkassen hatten vom 1. April bis zum 1. Mai für die in Arbeit stehenden Mitglieder eine Zunahme der Beschäftigten um insgesamt 339 466 Mitglieder oder 3,70 v. H. An der Zunahme waren die männlichen Mitglieder mit 3,72 v. H., die weiblichen mit 3,67 v. H. beteiligt. Die im Laufe des April eingetretene Besserung des Beschäftigungsgrades hat jedoch weitere Fortschritte gemacht.

Dies zeigt sich auch in den Zahlen der Vermittlungen der Arbeitsnachweise, bei denen im April auf 100 offene Stellen 161 Arbeitsgelder männlicher Personen gegen 173 im Vormonat und 160 im April 1913 entfallen. Die Nachfrage weiblicher Personen auf 100 offene Stellen hat sich gegenüber dem Vormonat etwas gehoben, indem 94 weibliche Arbeitsgelder gegen 92 im Vormonat und 96 im April 1913 auf 100 offene Stellen trafen. Die Besserung des Arbeitsmarktes kam noch in der Hauptsache den männlichen Personen zugute, während für die weiblichen die Lage etwas ungünstiger war als im Vormonat.

Die Bismarck über die Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern der berichtenden Arbeiterverbände zeigen ebenfalls ein günstiges Bild. Unter etwas mehr als 2 Millionen Mitgliedern von 47 berichtenden Arbeiterverbänden waren im April wie im März 2,8 v. H. arbeitslos. Stellt man nun die gleichen Verbände gegenüber, so ist die Arbeitslosigkeit von 2,8 auf 2,6 v. H. zurückgegangen, während in der Regel die Arbeitslosigkeit Ende März bis Ende April etwa auf dem gleichen Stand zu bleiben pflegt. Dies war auch im Vorjahre der Fall, in dem der Verhältnis der Arbeitslosigkeit in beiden Monaten 2,8 v. H. betrug.

Die Lage des Arbeitsmarktes in Groß-Berlin und der Provinz Brandenburg zeigte im Berichtsmonat nicht die erwartete weitere Besserung. In Schleswig-Holstein und Westfalen zeigte sich fast durchweg eine zum Teil erhebliche Besserung. Das Gleiche trifft für Bayern, Württemberg und Baden zu. Der Beschäftigungsgrad in Hessen, Elsaß-Lothringen und Waldeck gestaltete sich im allgemeinen ausreichend.

Die Vermittlung landwirtschaftlicher und industrieller Wanderarbeiter ist gegen den April 1913 ziemlich stark gesunken.

Die Einnahmen aus dem Güterverkehr deutscher Eisenbahnen (einschließlich der bayerischen Staats- und Privatbahnen) betrugen im April 1914: 184 682 457 Mark oder gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres 4 693 086 Mark weniger. Auf 1 Kilometer berechnet, ergibt sich gegenüber dem April 1913 eine Mindereinnahme von 108 Mark oder 3,53 v. H. Bei der Beurteilung dieser Einnahmegeringnisse ist ebenfalls die Lage des Osterfestes zu berücksichtigen.

Im reinen Warenverkehr des Spezialhandels, der die Ein- und Ausfuhr in den und aus dem freien Verkehr sowie zur und nach der Berechnung auf inländische Rechnung umfaßt, hatte im Monat April 1914 die Einfuhr in das Deutsche Reich nach den vorläufigen Feststellungen einen Wert von 951,73 Millionen Mark gegen 978,36 Millionen Mark im April 1913, die Ausfuhr einen Wert von 841,68 Millionen Mark gegen 871,96 Millionen Mark zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Einen Lichtblick für die christlichen Gewerkschaften bedeutet die Neubekleidung des Breslauer Fürstbischöflichen Stuhls. Am 27. Mai wurde als Nachfolger des verstorbenen Kardinals Knopp der bischöfliche Bischof D. Adolf Bertram von Silesien gewählt. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger gilt der neue Fürstbischof als ein Gegner der christlichen Gewerkschaften. Der scharfe Wind, der bisher aus dem südböhmischen Winkel gegen die christlichen Gewerkschaften geblasen hat, wird also abbläuen. Aber damit die Freunde der Christlichen keine ungetrübte Luft, damit in ihnen nicht der Glaube erweckt wird, als wären sie auf dem ganzen Linie Sieger geblieben, wird gleichzeitig eine bemerkenswerte Kundgebung des Papstes veröffentlicht. Kürzlich sind vier deutsche Bischöfe mit dem Kardinalhut bekleidet worden. In einer Ansprache an die neuen Kardineale hat der Papst erklärt, daß man jetzt Leute treffe, wo er die Wahrheit in Zweifel zögen, und

offenbare Irrtümer, die schon so und so oft beurteilt seien. Sein Klare und deutliches Wort sei nicht immer vernommen und richtig ausgelegt worden; im Gegenteil sei die Zahl derjenigen nicht gering gewesen, die sich nicht vor willkürlicher Auslegung des Wortes des Papstes scheuten.

Man geht wohl nicht fehl, wenn man diese Bemerkungen als gegen die christlichen Gewerkschaften gerichtet ansieht. Dann aber sagte der Papst weiter:

„Hört nicht auf immer von neuem zu sagen, daß der Papst die katholischen Gewerkschaften liebe, die das materielle Wohl ihrer Mitglieder zum Zweck haben, aber sagt auch, daß der Papst erlähmt habe, das geistliche Wohl müsse bei ihnen mehr an erster Stelle stehen. Konfessionell gemischte Vereinigungen und Bündnisse mit Nichtkatholiken sind erlaubt, aber der Papst bevorzugt die Vereinigungen, die sich um die Fahne drängen, die ruhmreicher ist als alle anderen, nämlich die der Kirche. Das ist das Feld, auf dem Ihr Euren Eifer betätigen sollt.“

Der Standpunkt des Papstes also ist derselbe geblieben. Die rein katholischen Vereinigungen liebt und bevorzugt er, die interkonfessionellen sind dagegen nur erlaubt. Von einer Ablehnung der Berliner Richtung kann also nicht die Rede sein. Im Gegenteil, sie steht dem Oberhaupt der katholischen Kirche näher als die christlichen Gewerkschaften.

Die angestrebte Bewegung in gelbe Bahnen zu lenken ist neuerdings das Bestreben gewisser Schiffmacher. Nachdem es im Jahre 1909 in Hamburg, der Wiege der gelben Vereine in Deutschland, gegliedert ist, auch einen gelben Beamtenverein ins Leben zu rufen, ist neuerdings die Firma Krupp in Essen ans Werk gegangen. Nach vorbereitenden Schritten im Januar d. J. scheint man jetzt den Plan zur Durchführung gebracht zu haben, denn es liegen bereits Richtlinien vor, die für den Verein der Kruppischen Beamten in Essen maßgebend sind. Diese Richtlinien sprechen für sich selbst:

Der V. A. B. (Verein Kruppischer Beamten, D. Red.) hat den Zweck, seine Mitglieder in geistiger, sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht zu heben. Er geht bei seiner Organisation und bei seiner Arbeit von der Tatsache aus, daß die Interessen der Unternehmer sowie der Beamten und der Arbeiter überwiegend gleichlaufend sind. Als Organisationsform erscheint ihm deshalb die Betriebsorganisation als die gegebene und die zweckmäßigste und als Arbeitsweise das friedliche Zusammenwirken mit dem Unternehmer.

Die Beiträge der Firma an seine Kasse sind gerechtfertigt durch die wirtschaftliche und soziale Gemeinschaft sowie die besonderen wirtschaftlichen Vorteile, die aus der Firma durch die Wirksamkeit des V. A. B. erwachsen.

Der V. A. B. verwirft den Streik, da er für Beamte ungeeignet und zudem nicht in Einklang zu bringen ist mit dem besonderen Vertrauensverhältnis, in dem der Beamte in seinem Verle durch Übernahme einzelner Unternehmensfunktionen steht. Die streikgewerkschaftliche Methode verbittert die Angestellten zwecks, zerstört die Arbeitsfreude und verhindert von vornherein die friedliche Verständigung der Arbeitsgemeinschaft.

Der V. A. B. ist konfessionell streng neutral. Der V. A. B. steht getreu seinem grundsätzlichen Festhalten an der heiligen Staats- und Wirtschaftsverordnung unbedingt auf nationalem Boden. Im übrigen ist er parteipolitisch streng neutral. Bei den Wahlen empfiehlt er, in erster Linie für solche Kandidaten der bürgerlichen Parteien einzutreten, die dem Gedanken der wirtschaftsfriedlichen Interessenvertretung freundlich gegenüberstehen. Ein Eintreten zugunsten der Sozialdemokratie ist ausgeschlossen.

Klar und deutlich geht daraus der gelbe Charakter dieser Vereinigung hervor. Auch an anderen Orten kann man ein solches Vorgehen beobachten, wie z. B. auf den Grusonwerken in Magdeburg. Aufgabe der Angestelltenorganisationen muß es sein, dieser gelben Bewegung ein nachsames Auge zu widmen und durch intensive Aufklärungsarbeit dafür zu sorgen, daß die gelben Sumpfgewächse nicht allzu üppig ins Kraut schießen.

Die Einigkeit zwischen den Unternehmerverbänden ist viel größer als die zwischen den verschiedenen Arbeiterorganisationen. Das ist eine Tatsache, die wir leider schon oft haben feststellen müssen. Wenn es wirklich einmal auf jener Seite zu Differenzen kommt, so werden sofort alle Anstrengungen gemacht, die gestörte Einigkeit wieder herbeizuführen. Das zeigt so recht deutlich ein

von der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände an ihre Mitglieder verfordertes Zirkular, in dem bitter Klage geführt wird über verschiedene Stundengebungen, welche die Konkurrenzorganisation, der Industrieschutzverband in Dresden, an Mitglieder der Vereinigung verhandelt hat. In dem Schreiben wird bedauert, daß dadurch nicht allein das Ansehen der Vereinigung herabgesetzt, sondern auch Verwässerung und Vertreibung in die Reihen der organisierten Arbeiterschaft getragen und der Öffentlichkeit das beschämende Schauspiel eines Konkurrenzkampfes geboten wird. Es haben deshalb Verständigungsverhandlungen zwischen den beiden Unternehmerverbänden stattgefunden, die noch nicht zum Abschluß gelangt sind, aber sicherlich eine Einigung herbeiführen werden.

Wir wollen auf Einzelheiten dieses Schreibens nicht näher eingehen. Es läßt mit aller Deutlichkeit erkennen, daß die Unternehmer alles aufbieten, ein geschlossenes Ganzes zu bilden. Auf der anderen Seite aber muß man die betrieblige Erfassung machen, daß die des Zusammenhalts noch viel mehr bedürftigen Arbeiterorganisationen sich auf das bestmögliche beschränken und dadurch ihre Stabilität dem Unternehmer gegenüber schwächen. Wie lange wird es wohl noch dauern, bis auch auf Arbeiterseite sich die Erkenntnis durchgerungen hat, daß nur bei gegenseitiger Achtung und Anerkennung und dadurch, daß Schulter an Schulter gekämpft wird, ein ebenbürtiges Gegengewicht gegen die mächtigen Unternehmerorganisationen geschaffen werden kann!

Bauhändler beachten vielfach nicht, daß die Prüfungsordnung für die Meisterprüfung eine zweijährige Kolliertätigkeit fordert. Jeder, der später die Meisterprüfung im Baugewerbe ablegen will, sehe sich daher rechtzeitig vor. Wer sich als Kollier ausbilden will, kann sich auf der Baufachschule i. D. H. in einem Winterkursus die erforderlichen Kenntnisse erwerben. Der Kursus genügt auch für das Bestehen der Meisterprüfung. (Siehe Inserat.)

Gewerbereins-Zeit.

Altenburg. Am 21. Mai fand hier die Bezirkskonferenz der Ortsverbände Altenburg, Gera und Schmöln statt. In seiner Begrüßungsansprache konnte der Kollege Magrod-Schmöln u. a. auch auf die Erfolge hinweisen, die wir bei den Krankenkassenwahlen erzielt haben. Wir dürfen uns damit aber nicht begnügen, sondern müssen schon jetzt die Vorbereitungen für spätere Wahlen treffen. Wenn dann jeder seine Pflicht tut, wird ein noch weit besseres Resultat erzielt werden können. Darauf wurde in der Tagesordnung eingetreten und bei der Bureauwahl Kollege Magrod-Schmöln als 1. Vorligender und Kollege Fischer-Altenburg als 2. Vorligender und Kollege Tragsdorf-Schmöln als Schriftführer gewählt. Mit Ausnahme von zwei waren sämtliche eingeladenen Vereine erschienen. Nach Beratung und Genehmigung des letzten Protokolls wurde vom Schriftführer der Tätigkeitsbericht erstattet, dem sich die Berichte der Delegierten anschließen. Fast alle Redner konnten Erfolge bei den Krankenkassenwahlen mitteilen. Auch bei den Wahlen zum Versicherungsamt haben wir gut abgeschnitten, so daß wir uns auch an den Wahlen zum Oberversicherungsamt beteiligen können und müssen, was allgemein mit freudiger Begeisterung begrüßt wurde.

Sodann hielt der Bezirksleiter, Kollege Sauer-Leipzig, einen Vortrag über: „Das Arbeitsrecht — eine soziale Forderung.“ Redner wies einleitend darauf hin, daß die Reichsgewerbeordnung aus dem Ende der 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts stammt und deshalb in vieler Beziehung nicht mehr für die heutige Zeit paßt. Dasselbe gilt von dem Gesinderecht. Gibt es doch im Deutschen Reich nicht weniger als 26 Gesindereordnungen, die in den einzelnen Bundesstaaten und Provinzen Gültigkeit haben. Ähnlich steht es mit dem Bergrecht. Völlige Stiefkinder der Gesetzgebung sind die Land- und Forstarbeiter. Für die bei Innungsmeistern beschäftigten Arbeiter gilt ein besonderes Recht. Alle diese Tatsachen zeigen, daß eine Reform des Arbeitsrechts durchaus erforderlich ist, durch das sämtliche auf den Arbeitsvertrag bezüglichen Bestimmungen einheitlich zusammengefaßt werden. Aber auch seinem Inhalt nach bedarf das Arbeitsrecht dringend der Überarbeitung. Es muß so gestaltet werden, daß der Arbeiter im Betriebe ein Mitbestimmungsrecht erhält und außerhalb freier Herr über seine Person ist. Im einzelnen hat der Verbandstag der Deutschen Gewerbevereine im Jahre 1910 die Grundzüge für ein solches Arbeitsrecht aufgestellt. Auch zahlreiche andere Tagungen haben sich um diese Forderung zuigelt gemacht, so der Juristentag in Wien, der Verbandstag der Kaufmanns- und Gewerbevereine in Leipzig, die Gesellschaft für Sozialreform. Auch hervorragende Sozialpolitiker, wie Fleisch und Potthoff, sind in Wort und Schrift dafür eingetreten. Zur Verwirklichung unserer Forderung ist notwendig, daß sich unsere Mitglieder politisch betätigen und zwar dort, wo sie ihrer Überzeugung nach hingehören. Die Hauptsache ist aber, daß sie in ihrer politischen Organisation auch unsere Forderungen geltend machen. Die Diskussion, die sich an den befallig aufgenommenen Vortrag knüpfte, war sehr reger und zeigte deutlich, wie berechtigt die Forderung eines neuen Arbeitsrechts ist.

Nach der Mittagspause wurden noch verschiedene Angelegenheiten erledigt. Als nächster Tagungsort

wurde **Sera** bestimmt. Eine längere Aussprache geizigte noch die Zeitungsfrage. Von allen Seiten wurde behauptet, daß dieser Angelegenheit von den Mitgliedern die gebührende Beachtung geschenkt wird. Die Kollegen wurden aufgefordert, noch einmal energisch in die Agitation für die Presse einzutreten und alles aufzubieten, dem „Gewerbverein“ und auch der „Gewerbvereins-Zeitung“ recht viele neue Abonnenten zuzuführen und dadurch die Gewervereinskasse selbst zu unterstützen. Nach einer anfeuernden Ansprache des Vorsitzenden wurde sodann um 4 Uhr nachmittags die Konferenz geschlossen. **E. Traasdorf.**

Samm. Am 25. Mai fanden hier die Wahlen der Beisitzer zum Versicherungsamt der Stadt Hamm statt. Während sich die Arbeitgeber auf eine gemeinschaftliche Liste geeinigt hatten, wurden von den Versicherten 3 Vorschlagslisten eingereicht. Von den bei der Wahl abgegebenen 8875 Stimmen erhielt Liste A (christlich-national) 6118 und 5 Beisitzer, Liste B (freie Gewerkschaften) 1136 Stimmen und keinen Beisitzer, Liste C (Deutsche Gewerkschaften) 1437 Stimmen und 1 Beisitzer. Die Christlichen hatten damit gerechnet, daß sie sämtliche Beisitzer erhalten würden und zu diesem Zwecke eine außergewöhnliche Agitation entfaltet. Sie haben also eine Enttäuschung erlebt. Der Erfolg wird uns ein Ansporn sein, bei der nächsten Wahl noch mehr auf dem Posten zu sein, um mehrere Sitze zu erobern.

Soran, R.-L. Die Wahlen zum Versicherungsamt Sorau haben am 22. Mai stattgefunden. Am 18. April hatten die freien Gewerkschaften zusammen mit der Sozialdemokratie eine Versammlung im Vereinslokal der Gewerkschaften veranstaltet. Eingeladene waren alle sozialdemokratischen und einige unorganisierte Krankenkassenvorstandsmitglieder, die Gewerkschaften dagegen bekamen keine Einladung. Trotzdem haben wir auch diese Versammlung besucht, und der Kollege **Sänisch** machte den „Genossen“ wegen ihres Verhaltens scharfe Vorwürfe. Der Kartellvorsitzende **R.** erklärte daraufhin, daß die freien Gewerkschaften bereit seien, von den 6 Beisitzern, die insgesamt zu wählen waren, 2 für die andere Listen abzutreten. Als Antwort darauf briefte Kollege **Sänisch** noch eine Versammlung unserer Kollegen und derjenigen Krankenkassenvorstandsmitglieder ein, die von den „Genossen“ nicht eingeladen waren. Es wurde der Beschluß gefaßt, eine eigene Liste aufzustellen. Bevollmächtigt damit wurde der Kollege **Sänisch**. Wir erhielten die Liste B.

Die „Genossen“ arbeiteten daraufhin mit Hochdruck weiter, während wir unsere Arbeit ruhig verrichteten und mit Zureden der kommenden Dingen entgegenzogen. Drei Tage vor der Wahl wurde von uns ein Flugblatt an alle Krankenkassenvorstände versandt. Die Wahl selbst ging ruhig über sich. Vor dem förmlichen Schluß, dem **Sänisch** hatten sich die „Genossen“ aufgeopfert und nahmen jeden Wähler in Empfang, um ihn für ihre Liste zu gewinnen. Vor dem Versicherungsausschuß stand Kollege **Sänisch** mit dem Stimmgeld für Liste B. In Kränzen marschieren genüßlich die „Genossen“ herab, aber auch ihre Gegner waren auf dem Posten, und das Resultat war, daß auf die Liste A der freien Gewerkschaften 4752

Stimmen entfielen, auf die Liste B der Gewerkschaften 8957. Liste A erhielt demnach 2 Vertreter, 2 erste Ersatzmänner und 2 zweite Ersatzmänner, unsere Liste dagegen 4 Vertreter, 4 erste und 4 zweite Ersatzmänner. Wir haben also gerade soviel erobert, wie der Kartellvorsitzende für sich hatte in Anspruch nehmen zu können gelaubt. Unseren Kollegen, insbesondere auch den Gessener Kollegen vom Ortsverein der Maschinenbauer gebührt volle Anerkennung für diesen Erfolg. Die Gewerkschaften allerorten können sich unser Vorgehen als Muster nehmen. Das in Sorau möglich war, kann auch anderswo erreicht werden, wenn nur wieder Mühe noch Arbeit gescheut wird, und wenn auch die Kräfte wacherüttelt werden. Nun trennt uns nur noch eine kurze Frist von der Wahl zum Oberversicherungsamt Frankfurt a. O. Wir werden alles aufbieten, um auch hier gut abzuschneiden. Diejenigen Kollegen, die als Vertreter in die Versicherungskammer im Bezirk Frankfurt a. O. gewählt worden sind, werden dringend gebeten, ihre Adresse an den Bezirksleiter Kollegen **Geinrich Köstler**, Post f. 2, Leipzigerstr. 6, sobald als möglich einzufenden. Nähere Angaben über die Wahlen zum Oberversicherungsamt Frankfurt a. O. macht Kollege **Kaul Sänisch**, Sorau, R.-L., Rogenerstr. 4. Also, Kollegen, tue jetzt jeder seine Pflicht als Gewerkschafter, so werden wir auch weiter tüchtig vorwärts kommen.

Verbands-Zeil.
Bersammlungen.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerkschaften (G.-D.). Verbandshaus der Deutschen Gewerkschaften, Greifswalderstr. 221/23. Mittwoch, 8. Juni, abds. 9 Uhr, zwangl. Zulassung. In Verbandshaus. Gäste wül. — **Gewerkschafts-Liederklub (G.-L.).** Jeden Donnerstag, abds. 9—11 Uhr Liederkunde I. Verbandshaus d. Deutschen Gewerkschaften (Grüner Saal). Gäste wül. —

Orts- und Regionalverbände.

Bremen (Ortsverband). Jeden ersten Dienstag im Monat, abds. 8 1/2 Uhr, Vertreter - Sitzung im Durlaps Gesellschaftshaus, Bremen, Reffenstraße. — **Leipzig (Distriktsklub).** Sitzung jeden 2. u. 4. Donnerstag im Monat bei Hansen, Sandowstr. 43. — **Berlin.** Gewerkschafts-Liederklub jeden Mittwoch, abds. 9-11 Uhr Liederkunde I. Vereinslokal „Sagan“, Marktstr. — **Eberfeld-Barmen (Ortsverband).** Jeden letzten Sonntag im Monat, abds. 8 1/2 Uhr, Vertreter-Sitzung bei Roggenkämper, Eberfeld, Sülzenstr. und Erholungsstr. — **Frankfurt a. O. (Gewerkschafts-Liederklub).** Jeden Freitag von 8-10 Uhr Liederkunde im Vereinslokal. — **Leipzig (Distriktsklub).** Jeden ersten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr Vertreter-Sitzung. Jeden ersten und dritten Sonntag, abds. 6-8 Uhr, Distriktsklub im Bezirkslokal von C. Simon, Alter Markt. — **Haarlem b. Nauen.** Jeden dritten Sonntag im Monat, abds. 8 1/2 Uhr Liederkunde bei Eubow. — **Hamburg (Ortsverband).** Jeden 2. Freitag im Monat, 8 1/2 Uhr Ortsverbandvertreter-Sitzung bei Rose, Selnestr. — **Hamburg (Rebnerschule).** Jeden Montag von 9 bis

11 Uhr bei Orell, Lagerstraße 2. — **Hamburg (Gewerkschafts-Liederklub).** Jeden Donnerstag Liederkunde bei Thöner in Altona, Einheitsstr. 48-50. — **Sera (Ortsverb.).** Jeden 1. Sonntag im Monat Sitzung b. W. Bill, Ruhe, Bahnhofsgebäude, bei evang. Kirche. — **Yerlosch.** Distriktsabend jeden 3. Mittwoch im Monat abds. pünktlich 8 1/2 Uhr bei D. Hülpe, Wendenerstr. 5. — **Röln (Ortsverb.).** Jeden 2. Mittwoch im Monat, abds. 8 1/2 Uhr Vertreter-Sitzung in der Benz-Erholung, Kreuzgasse. — **Leipzig (Gewerkschafts-Liederklub).** Die Liederkunde finden jeden Mittwoch abds. 9-11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstr. 35, statt. Gäste und stimmungsbegabte Mitglieder sind herzlich willkommen. — **Wahlheim a. Ruhr.** Jeden zweiten Sonntag im Monat vormittags 11 Uhr, Vertreter - Sitzung im Verbandshaus bei Herrn Johann Köler, Sandstraße 83. — **Stettin (Gängerklub d. Gewerkschaften).** Die Liederkunde finden jed. Dienstag abds. 8 1/2 Uhr im Lokal Hebel, Poststraße 5, statt. Stimmungsbegabte Kollegen herzlich wül. — **Stettin (Ortsverb.).** Distriktsklub. Sitzung jed. Freitag, abds. 9 Uhr b. Rebel u. Donnerstag b. Winter i. Dredow. — **Regel (Distriktsklub bei Regel, Vorstadt u. Reimdenborf).** Sitzung jeden Dienstag, abds. 8-10 Uhr bei Römer, Schlegelstraße 23, Ecke Schönebergstraße. — **Thorn (Bäder).** Jeden Sonntag nach dem 1. Ortsverbandssammlung bei Nicolai, Rauerstr. 62. — **Wiesbaden, Distriktsklub.** Jeden Donnerstag, abds. von 9-10 1/2 Uhr Distriktsabend beim Kollegen Gönzel. — **Wiesbaden a. S. (Sängerkreis „Harmonie“ der Deutschen Gewerkschaften).** Liederkunde jed. Mittwoch, abds. von 8 1/2 bis 11 Uhr im Vereinslokal, „Klostergarten“. Gesangstunde Gewerkschaftslieder wül. willkommen. — **Wiesbaden (Ortsverband).** Jeden 1. Sonntag im Monat Distriktsklub in Hermanns Garten. — **Wetter (Ortsverband).** Sonntag, den 24. Mai, nachmittags 4 Uhr, Ortsverbandssammlung beim Herrn Wirt Rademacher, früher Schmale in Oberwengern. — **Worms (Ortsverband).** Gesangsabteilung der vereinigten Gewerkschaften (G.-D.) jeden Montag, abds. 9 Uhr Singstunde im Verbandslokal „Sbrina“.

Veränderungen bzw. Ergänzungen zum Abrechnungsverzeichnis.
Essen (Ortsverb.). D. Holz, Vorhänger, Essen W. Beilstraße 4. F. Kalmel, Schriftführer, Essen W. Berlinerstr. 211. A. Thorna, Kassierer, Hermannstr. 83.

Literatur.

Eingegangene Bücher und Broschüren.
Genauere Beschreibung einzelner Werte bleibt vorbehalten. Nachzahlung erfolgt nicht.
Ein brauchbares Arbeitsnachweisgesetz. Von Dr. jur. Richard Freund, Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft zur Befämpfung der Arbeitslosigkeit, Vizepräsident der internationalen Vereinigung zur Befämpfung der Arbeitslosigkeit. Preis 80 Pfg. Carl Heymanns Verlag, Berlin W. 8, Mauerstr. 43-44.
v. Ritters Steuer-Lexikon (Reichs- und Preuss. Staatsveruern). Preis 20 Pfg. Herausgegeben im Selbstverlag v. Ritters Zentrale für Steuer-Angelegenheiten und Bücher-Revision, Frankfurt a. Main, Steinweg 3.

Anzeigen-Zeil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.



Teilzahlung
Uhren und Goldwaren,
Photoartikel, Feldstech.,
Sprechmaschinen, Musikinstrumente, Spielwaren,
Koffer usw.
Kataloge gratis und franko
BERLIN A. 271
JURASS & Co. Halle-Allianz-Str. 3

Birchberg (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Ortsbeitrag bei dem Kassierer ihres Ortsvereins.

Schwelbitz (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Bergschuttskarten im Werte von 75 Pfg. bei allen Ortsvereinskassierern. Kollegen, welche hier keinen Ortsverein haben, erhalten die Karten beim Ortsverbandskassierer Ad. Reinert, Margarethenplatz 13.

Salle a. G. (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten ihr Ortsverbandsmitglied (Bergschuttskarten im Werte von 1 Mark beim Kassierer ihres Berufes, Kollegen unverterlenen Berufes beim Ortsverbandskassierer Karl Rode Große Steinstraße 10, f. IV.

Hamburg-Altona. (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten ein Unterstüßungsgeld von 60 Pfg. beim Ortsverbandskassierer Ernst Dreuer, Kofferstr. 5.

Wippstadt (Ortsverband). Durchreisende Kollegen wird eine Unterstüßung von 75 Pfg. gezahlt bei R. Tollwert, Bödenförderstraße.



Bauschule
Rastode (Oldbg.)
Meister- und Polierkurse
Vollständige Ausbildung
in 5 Monaten.
Ausführliche Progr. frei.

Waldheim (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Ortsbeitrag bei dem Kassierer ihres Ortsvereins.

Schwelbitz (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Bergschuttskarten im Werte von 75 Pfg. bei allen Ortsvereinskassierern. Kollegen, welche hier keinen Ortsverein haben, erhalten die Karten beim Ortsverbandskassierer Ad. Reinert, Margarethenplatz 13.

Salle a. G. (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten ihr Ortsverbandsmitglied (Bergschuttskarten im Werte von 1 Mark beim Kassierer ihres Berufes, Kollegen unverterlenen Berufes beim Ortsverbandskassierer Karl Rode Große Steinstraße 10, f. IV.

Hamburg-Altona. (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten ein Unterstüßungsgeld von 60 Pfg. beim Ortsverbandskassierer Ernst Dreuer, Kofferstr. 5.

Wippstadt (Ortsverband). Durchreisende Kollegen wird eine Unterstüßung von 75 Pfg. gezahlt bei R. Tollwert, Bödenförderstraße.



FAHNEN.
Schürpen, Ehrenpläne,
Verlassenszeichen etc.
gut und billig bei
Theobald Berkop
in Oppeln in O.-S.

Spremburg R.-L. (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten das Ortsverbandsmitglied beim Ortsverbandskassierer Otto Messer, Rangstr. 46 I. Mittags von 12-1 Uhr und abends von 6-7 Uhr.

Rothembach und Umgegend (Ortsverband). Reiseunterstützung, 65 Pfg., erhalten durchreisende Gewerkschafter beim Kollegen Gust. Pöchel, Bauverein Nr. 87, Rothembach i. Schl. Verbands-Herberge: Gasthof zum Raro-Schaat.

Magdeburg (Baubandwerker). 75 Pfennig im Bureau, Rathenstraße 3/II.

Wahlheim a. d. Ruhr (Ortsverband). Das Ortsverbandsmitglied für durchreisende Kollegen bei Biller, Sandstr. 88.

Eintracht i. Erzgeb. (Ortsverb.). Unterstützung oder Karten zur Herberge zur Heimat für durchreisende arbeitslose Kollegen bei Albin Gottschall, Siedpau bei Chemnitz.

Durch das Verbandsbureau der Deutschen Gewerkschaften Berlin W. 55, Greifswalderstraße 222, sind folgende Schriften zu beziehen:

Regeln des Arbeitsrechts von H. Eißer. Preis 4,80 Mk.
Rechtliche Wirtschaftspolitik von Friedr. Raumann. Preis 8 Mk.

Reform des Arbeitsrechts von Dr. Hiesch. Preis 20 Pfg.
Die Krankenversicherung von Karl Goldschmidt. Preis 30 Pfg.
Die Unfallversicherung von Anton Erlenz. Preis 30 Pfg.
Die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung von L. Lewin. Preis 30 Pfg.

Die Schwindlust der Arbeiter, ihre Ursachen, Häufigkeit und Verhütung von Professor Dr. Sommerfeld. Preis 20 Pfg.
Taschenbuch der Deutschen Gewerkschaften 1914. Mit Abhandlungen von Dr. Wittmann, Abgeordneten Hoff, Prof. Dr. Altmann-Gottlieber, Dr. Jäsch, sowie führenden Gewerkschaftsmitgliedern. Preis 15 Pfg.

Entwicklung des gewerblichen Einigungswesens in Deutschland und Magistrateatrat N. v. Schulz. Preis 20 Pfg.
Kassierer und Kassierenveruern. Eine privatrechtliche Abhandlung von Dr. F. G. Schmalz. Preis 50 Pfg.

Problem der Arbeitspsychologie von Professor Dr. F. Herlner. Preis 10 Pfg.
Die Broschüren zum Einzelpreis von 10 Pfg. kosten in Partien (auch gemischt) bezogen: 10 Stück 80 Pfg., 20 Stück 1,50 Mk., 50 Stück 3,75 Mk.